

Positionspapier

Erneuerbare Energien entschlossen ausbauen – faire Chancen für Süddeutschland schaffen

Süddeutschland zählt zu den leistungsstärksten Industrie- und Wirtschaftsregionen Deutschlands und steht für rund **35 Prozent des bundesweiten Stromverbrauchs**. Mit der fortschreitenden Elektrifizierung von Industrie, Mobilität und Wärmeversorgung wird der Strombedarf in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen. Eine sichere, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist daher ein **zentraler Standortfaktor**.

Der **Ausbau der Windenergie in Süddeutschland** kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten – **derzeit wird hier nur 14 Prozent des deutschen Windstroms erzeugt**. Regional erzeugter Strom reduziert den Bedarf an weiträumigen Stromtransporten, entlastet die Übertragungsnetze, begrenzt den Netzausbaubedarf und stärkt die Versorgungssicherheit vor Ort.

Die aktuelle Legislaturperiode muss genutzt werden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien entschlossen voranzutreiben. **Nur mit verlässlichen und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen lassen sich Versorgungssicherheit stärken, Stromkosten langfristig wettbewerbsfähig halten und die Transformation des Industriestandorts Deutschland erfolgreich gestalten.**

Aus unserer Sicht sind hierfür insbesondere die folgenden Maßnahmen erforderlich:

1. **Ausschreibungsvolumina deutlich anheben:** Die jährlichen Ausschreibungsvolumina für Wind an Land müssen auf mindestens 14.000 MW angehoben und durch eine einmalige Sonderausschreibung von 5.000 MW für bereits genehmigte Projekte ergänzt werden. Nur so kann der bestehende Projektüberhang abgebaut und der Ausbaupfad zuverlässig erreicht werden.
2. **Genehmigte Projekte schneller zur Umsetzung bringen:** Zwischen steigenden Genehmigungszahlen und der tatsächlichen Zuschlagsverteilung besteht insbesondere in Süddeutschland eine wachsende Lücke. Deshalb braucht es einen rechtlich abgesicherten Realisierungsmechanismus für bereits genehmigte Projekte, etwa durch regionale Zuschlagssegmente, Sonderausschreibungen und eine stärkere Berücksichtigung von Lastnähe, Versorgungssicherheit und Netzentlastung.
3. **Faire Wettbewerbsbedingungen für Süddeutschland.** Der Süden darf im Ausschreibungssystem nicht strukturell benachteiligt bleiben. Eine **wirksame Südquote** von 35 Prozent oder ein vergleichbares regionales Steuerungsinstrument muss sicherstellen, dass Projekte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland reale Zuschlagschancen erhalten.
4. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen an die Realität anpassen:** Gestiegene Zinsen, höhere Investitionskosten und ein insgesamt anspruchsvolleres Marktumfeld verschlechtern die Wirtschaftlichkeit vieler Projekte erheblich. Deshalb müssen das **Referenzertragsmodell** und die Korrekturfaktoren so ausgestaltet werden, dass auch Projekte an windschwächeren Binnenstandorten wirtschaftlich tragfähig bleiben. Hierfür sollte der Korrekturfaktor auf mindestens 1,70 angehoben oder durch eine systemdienliche Förderkomponente ergänzt werden.

5. **Regionale Resilienz stärken:** Die geplanten Resilienzausschreibungen müssen einen verbindlichen regionalen Schwerpunkt erhalten. Mindestens 20 Prozent der entsprechenden Ausschreibungsmengen sollten Projekten in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland vorbehalten werden, um Versorgungssicherheit und Systemstabilität vor Ort zu stärken.
6. **Bau von Batteriespeichern regulatorisch erleichtern:** Speicher sind eine Grundvoraussetzung für ein klimaneutrales und stabiles Stromsystem. Sie helfen, Erzeugung und Verbrauch besser auszugleichen, Netzengpässe zu reduzieren und Abregelungen zu vermeiden. Dafür braucht es einfachere Genehmigungen, faire Anschlussbedingungen und einen regulatorischen Rahmen, der **Speicher als eigenständige systemdienliche Infrastruktur anerkennt**.
7. **Netzausbau, Netzanschlüsse und Redispatch-Regeln investitionsfreundlich gestalten:** Neue Redispatch-Regelungen dürfen nicht zu Investitionshemmnissen werden. Netzanschlüsse und Netzausbau müssen beschleunigt und planbarer ausgestattet werden. Der vorgesehene Redispatch-Vorbehalt für erneuerbare Energien sollte gestrichen werden. Zudem dürfen Windparkbetreiber nicht an Netzinfrastrukturkosten beteiligt werden, da diese Aufgabe systemisch bei den Netzbetreibern liegt. Das Ziel muss sein, den Ausbau der Erneuerbaren mit netzdienlichen Lösungen zu begleiten.

Unsere politischen Kernforderungen

- **Die Ausschreibungsmengen sollen deutlich erhöht** und mehrjährig planbar ausgestattet werden.
- **Genehmigte Projekte sollen durch rechtlich gesicherte Realisierungsmechanismen** schneller in die Umsetzung gebracht werden.
- **Die Südquote soll wirksam umgesetzt werden**, damit Süddeutschland faire Zuschlagschancen erhält.
- **Das Referenzertragsmodell soll angepasst werden**, um gestiegene Kosten und regionale Standortnachteile besser auszugleichen.
- **Die regionale Resilienz** soll durch einen verbindlichen regionalen Schwerpunkt gestärkt werden.
- **Der Bau von Batteriespeichern soll erleichtert** und regulatorisch systemdienlich verankert werden.
- **Netzausbau, Netzanschlüsse und Redispatch-Regeln** sollen investitionsfreundlich und regional bedarfsgerecht ausgestattet werden, um die Versorgungssicherheit vor Ort zu stärken.

Fazit

Die Energiewende in Deutschland steht an einem **entscheidenden Wendepunkt**. Damit die Klimaziele erreicht, die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts erhalten bleiben, müssen die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent weiterentwickelt werden.

Die in diesem Positionspapier dargestellten Forderungen zielen darauf ab, bestehende strukturelle Hemmnisse zu beseitigen und einen verlässlichen, beschleunigten sowie regional ausgewogenen Ausbau insbesondere der Windenergie in Süddeutschland zu ermöglichen. Dabei steht nicht eine Einzelregion im Vordergrund, sondern die gesamtstaatliche Aufgabe einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung. Wir bitten die Entscheidungsträger im Bund, diese Vorschläge in die laufenden und künftigen Gesetzgebungsprozesse einzubeziehen und als Beitrag zur Weiterentwicklung eines zukunftsfähigen energiepolitischen Rahmens zu verstehen.